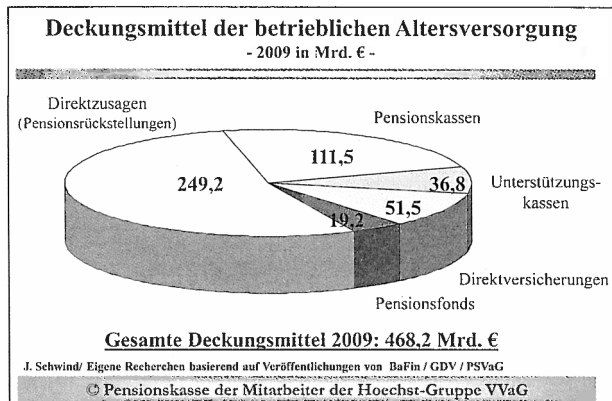


Statistik

Die Deckungsmittel der betrieblichen Altersversorgung 2009

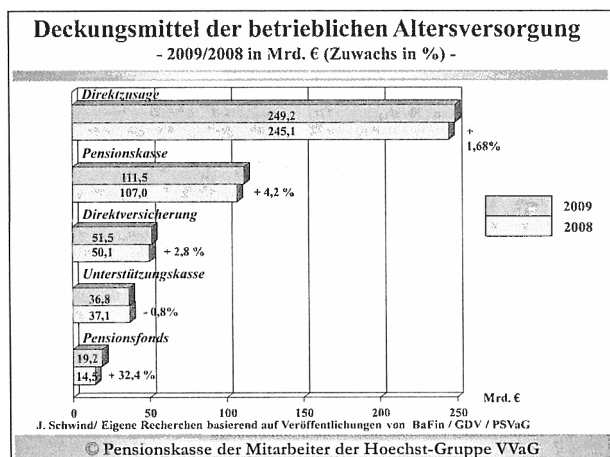
Joachim Schwind, Frankfurt am Main

Die Deckungsmittel in der betrieblichen Altersversorgung konnten auch in 2009 erfreulicherweise eine positive Entwicklung verzeichnen. Die Deckungsmittel der betrieblichen Altersversorgung betragen in 2009 insgesamt 468,2 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Zuwachs von 3,1%. In 2008 betrug der Zuwachs 3,4%.



Für die einzelnen Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung ergibt sich folgendes Bild:

Die Deckungsmittel für Direktzusagen belaufen sich in 2009 auf rund 249,2 Mrd. Euro. Davon entfielen 144,2 Mrd. Euro auf laufende Renten und 105,0 Mrd. Euro auf unverfallbare Anwartschaften. Auch in 2009 bleibt damit die Direktzusage mit einem Anteil von rund 53% an den gesamten Deckungsmitteln mit deutlichem Abstand der bedeutendste Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung. Rund 7,4 Millionen Versorgungsberechtigte sind durch eine Direktzusage begünstigt, die durch den PSVaG gesetzlich gegen Insolvenz des Arbeitgebers geschützt ist. Die Deckungsmittel in 2009 für Direktzusagen sind gegenüber dem Vorjahr um rund 1,7% angestiegen.



Auch die Deckungsmittel der Pensionskassen sind gegenüber dem Vorjahr von rund 107,0 Mrd. Euro auf rund 111,5 Mrd. Euro in 2009 wiederum deutlich angestiegen. Dies entspricht einem Zuwachs von rund 4,2%. Insgesamt waren rund 6,3 Millionen Anwärter und 1,2 Millionen Versorgungsempfänger bei den Pensionskassen versichert. Dies bedeutet eine

Zunahme gegenüber dem Vorjahr um rund 200.000 Anwärter. Der Anteil der Deckungsmittel im Durchführungsweg Pensionskasse an den gesamten Deckungsmitteln liegt bei rund 23,8% und somit auf dem Vorjahresniveau.

Ebenfalls positiv gegenüber dem Vorjahr hat sich auch der Durchführungsweg Direktversicherung entwickelt. Die Deckungsmittel betragen in 2009 rund 51,5 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Anstieg von rund 2,8%. Der Anteil an den gesamten Deckungsmitteln lag bei 11,0% und damit ebenfalls auf dem Vorjahresniveau.

Die Deckungsmittel im Durchführungsweg Unterstützungskasse sind gegenüber dem Vorjahr um 0,8% zurückgegangen. Die Deckungsmittel haben sich von rund 37,1 Mrd. Euro auf rund 36,8 Mrd. Euro verringert. Dies ist überwiegend auf normale Bestandsveränderungen bei den Rentnern und auf eine Änderung der an den PSV zu meldenden Bemessungsgrundlagen zurückzuführen. Der Anteil an den gesamten Deckungsmitteln liegt bei rund 8,2%.

Die Deckungsmittel im Durchführungsweg Pensionsfonds sind in 2009 um rund 32,4% gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Sie betragen Ende 2009 insgesamt 19,3 Mrd. Euro, und im Vorjahr rund 14,5 Mrd. Euro. Hiervon entfallen auf die zwei größten Pensionsfonds von RWE (rund 5,8 Mrd. Euro) und Siemens (rund 5,5 Mrd. Euro) insgesamt rund 11,3 Mrd. Euro der Deckungsmittel. Rund 414.000 Anwärter (Vorjahr 391.000 Anwärter) und rund 276.000 Rentner (Vorjahr 229.000 Rentner) sind Versorgungsberechtigte im Durchführungsweg Pensionsfonds. Bei den drei größten Pensionsfonds (RWE, Siemens, HVB) sind ausschließlich Rentner versorgungsberechtigt, was erkennen lässt, dass hier eine Umgestaltung der Versorgungszusagen vom Durchführungsweg Direktzusage in den Pensionsfonds stattgefunden hat. Bei den übrigen Pensionsfonds gehören auch im größeren Umfang Anwärter zu den Versorgungsberechtigten.

Für die künftige Entwicklung der deutschen betrieblichen Altersversorgung wird es kurzfristig entscheidend darauf ankommen, sich noch stärker als bislang in die politische Diskussion in Europa einzubringen. Hier Gehör zu finden und der Stimme Gewicht zu verleihen, ist von entscheidender Bedeutung insbesondere für die versicherungsförmig ausgestalteten betrieblichen Versorgungswerke. Die Entscheidungen für den Fortbestand der bisherigen betrieblichen Versorgungssysteme und damit für eine bewährte und kostengünstige Altersversorgung der Arbeitnehmer in Deutschland werden zunehmend auf europäischer Ebene (mit-) getroffen. Angesichts der unterschiedlichen politischen und nationalen Interessen und Ausgangslagen, die in den Diskussionen in Europa anlässlich der Vorlage des Grünbuchs und des von der Europäischen Kommission an EIOPA gerichteten Calls for Advice zutage getreten sind, auch teilweise gepaart mit den deutlich spürbaren wirtschaftlichen Interessen von Marktteilnehmern, ist es geboten, die Interessen, wie die Notwendigkeit des Ausbaus der zweiten Säule in Deutschland, deutlicher als bisher in die politische Diskussion einzubringen. In Deutschland hat sich die Politik mit dem Rentenreformgesetz in 2002 vorrangig für den Ausbau der zweiten Säule entschieden. Auf diesen Weg hat die Politik gemeinsam mit Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Gewerkschaften bereits ordentliche und vorzeigbare Erfolge erzielt. Auch künftig müssen die Prioritäten der Politik in Anbetracht der angespannten Haushaltslagen in den europäischen Staaten und der Finanzierungslasten in den Systemen der gesetzlichen Rentenversicherung sowohl in der Ausweitung der Verbreitung als auch in der Stärkung der betrieblichen Altersversorgung liegen. So haben in Europa rund 65% aller Beschäftigten keinen Anspruch auf eine zusätzliche betriebliche Altersversorgung, während in Deutschland dem-

gegenüber rund 65% der Beschäftigten über Anwartschaften auf eine zusätzliche betriebliche Altersversorgung verfügen. Die Priorität von weiteren regulatorischen Maßnahmen kann daher nicht in einem Ausbau der Regulierung bzw. kostenerhöhenden Maßnahmen für die betriebliche Altersversorgung liegen. Ansonsten wird die viel beklagte Europamüdigkeit weiter deutlich zunehmen. Die Bevölkerung erwartet positive Zeichen aus Europa und nicht Einschränkungen bei ihrer betrieblichen Altersversorgung.

Probleme in der Finanzarchitektur Europas sind für alle Beteiligten in der jüngsten Vergangenheit mehr als deutlich geworden und damit die Notwendigkeit, das Fundament des Hauses Europa und dessen tragende Wände zu stabilisieren. Nur dann kann Kapitaldeckung funktionieren und erhält das notwendige Vertrauen für den weiteren Ausbau. Eine Alternative dazu gibt es nicht. Die Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung in Deutschland sind jedenfalls nicht ursächlich für diese Krise gewesen und haben bislang im Rahmen der bestehenden Systeme alle Herausforderungen – auch wirtschaftlicher Natur – ganz offensichtlich gut überstanden.